

# Antworten der Parteien zu musikpädagogischen Fragen des VDS Baden-Württemberg zur Landtagswahl am 27.03.2011

## 1. Musikalische Bildung im Vorschulbereich

Sachstand: Die Bedeutung der frühkindlichen Bildung ist spätestens seit den PISA-Studien unumstritten. Dies gilt auch für die musische Bildung. Gleichwohl bestehen bei vielen Erziehern nach wie vor musikpädagogische Defizite, z.B. was den Umgang mit der kindlichen Stimme betrifft.

Angebote wie eine (freiwillige und zusätzliche) Mentorenausbildung für Erzieher sowie das Landesförderprogramm „Singen – Bewegen – Sprechen“ sind positiv zu werten, können aber auf Dauer nur unterstützend wirken und eine entsprechende Ausbildung nicht ersetzen, zumal sie nie alle Kinder erreichen.

Frage:	Antwort CDU:	Antwort SPD:	Antwort Grüne:	Antwort FDP:
<p>Welche Möglichkeiten sehen Sie, die musikpädagogischen Kompetenzen der zukünftigen Erziehungsfachkräfte zu stärken?</p>	<p>Für die baden-württembergische CDU hat der musikalisch-rhythmische Bereich in der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung einen hohen Stellenwert. Wir wollen diesen noch stärker in den Lehrplänen der Fachschulen für Sozialpädagogik verankern und zugleich den Bezug zu den Bildungs- und Entwicklungsfeldern des Orientierungsplans herstellen. Künftige Absolventinnen und Absolventen sollen die Schülerinnen und Schüler mittels einer konsequenten Anwendung des Lernfeldkonzepts umfassend qualifizieren und zugleich musikalisch-rhythmische Lern- und Bildungsprozesse umsetzen können.</p> <p>Der Qualifizierung kommt für die CDU Baden-Württemberg eine zentrale Bedeutung zu. Deshalb wollen wir, dass an den Fachschulen für Sozialpädagogik in den Bereichen Musik und Rhythmik grundsätzlich ausgebildete Lehrkräfte unterrichten.</p> <p>Qualitätsvolle Fortbildungen für Erzieherinnen und Erzieher sind</p>	<p>Eine Gesellschaft definiert sich nicht alleine über ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Vielmehr wird das Selbstverständnis der Menschen eines Landes auch durch kulturelle Errungenschaften geprägt. Dabei spielt der musische Bereich eine wichtige Rolle. Die Bedeutung von Musik für die Gesellschaft als Ganzes sowie für die Entwicklung des Individuums und für dessen Lernverhalten wird heute von niemandem mehr angezweifelt. Deshalb muss jungen Menschen im Rahmen des öffentlichen Bildungswesens ein Zugang zur Musik ermöglicht werden. Studien belegen zudem eine große integrative Wirkung von musikalischer Bildung in der Gruppe oder im Klassenverband.</p> <p>Aus Sicht der SPD darf ein Land wie Baden-Württemberg, das in seiner gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung stark von der Bildung seiner jungen Menschen abhängt, Musik im Bildungssystem nicht zu einer Nebensache werden las-</p>	<p><b>Vorbemerkung:</b></p> <p>Wir Grünen haben einen ganzheitlichen Bildungsbegriff. Bildung darf nicht verengt werden auf den Erwerb von Leistungen in den Kernkompetenzbereichen mit dem Ziel der Studierfähigkeit oder der Ausbildungsreife, sondern ist in erster Linie die Entwicklung der Gesamtpersönlichkeit junger Menschen. Dabei hat die kulturelle Bildung, vor allem die musikalische Bildung, einen sehr hohen Stellenwert. Bildungsgerechtigkeit heißt für uns deshalb auch Zugangsgerechtigkeit aller Kinder zu einer qualifizierten musikalischen Bildung.</p> <p>Bereits im Kindergartenalter öffnet sich die soziale Schere beim Zugang zur musikalischen Bildung. Es gibt Kinder, die bereits im Elternhaus, verstärkt durch die Teilnahme von Angeboten der Musikschulen, eine gute musikalische Früherziehung erhalten. Andere Kinder leben in Familien, in denen nicht einmal mit den Kindern gesun-</p>	<p>Nach zahlreichen neueren Forschungen nimmt die Musik in einer gelingenden frühkindlichen Bildung einen wichtigen Platz ein, vor allem da sie sowohl kognitive Strukturen im Gehirn als auch soziale Kompetenzen in besonderer Weise ausprägen hilft. Deshalb hat sich die FDP im Jahr 2008 auf einem Kongress mit dem Titel „Musik macht Schule“ mit Möglichkeiten einer verstärkten musikalischen Frühförderung in Kindergarten und Grundschule befasst. Zum Einen wurde hier das Projekt Singen – Bewegen – Sprechen vorgestellt, für das wir Liberalen uns in der Regierungskoalition sehr eingesetzt haben. Wir sind deshalb sehr froh, dass es in der Regierungskoalition von CDU und FDP gelang, die Finanzierung für alle Anträge sicherzustellen. Zum Anderen haben wir auf unserem Kongress erörtert, wie wir musikalische Kenntnisse und musikpädagogische Kompetenz bereits in der Ausbildung der künftigen Erzieherinnen und Erzieher sowie Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer</p>

	<p>für die CDU ein grundlegendes Element zur weiteren und nachhaltigen Stärkung der musikpädagogischen Kompetenzen der Erziehungskräfte. Damit diese eine noch höhere Wirkung entfalten können, wollen wir sie noch stärker auf die Erfordernisse des Orientierungsplans für Bildung und Erziehung an baden-württembergischen Kindergärten und weiteren Kindertageseinrichtungen hin ausrichten.</p> <p>Die erfolgreiche Ausbildung von Musikmentorinnen und -mentoren für die rhythmisch-musikalische Arbeit mit Kindern im Kindergarten wollen wir fortführen. Dafür bilden wir musikalisch besonders begabte und geeignete Schülerinnen und Schüler an den Fachschulen für Sozialpädagogik in Baden-Württemberg zu Mentoren aus. Die CDU steht für dieses ehrenamtliche Engagement junger Menschen, die so wertvolle Impulse in der musikalischen Arbeit mit Kindern im Vorschulbereich und über den Kindergarten hinaus in Kirchengemeinden, in Vereinen und im Freizeitbereich geben können.</p> <p>Das bürgerliche Engagement der Menschen in der Mitte der Gesellschaft macht unser Land stark: Amateurtheater, Blasmusik, Chöre, Trachtenvereine. Diese und eine Vielzahl weiterer Organisationen bilden hier ein wichtiges kulturelles Fundament. Wir wollen dieses bewahren und zugleich weiter stärken.</p>	<p>sen. Es muss Aufgabe des Staates sein, allen jungen Menschen den gleichen Zugang zu musikalischer Bildung und Förderung zu verschaffen – nicht nur im Sinne der persönlichen Entwicklung jedes Einzelnen, sondern auch im Sinne des gesellschaftlichen Miteinanders und der künftigen wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung Baden-Württembergs.</p> <p>Die SPD möchte die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher weiterentwickeln und die musisch-kulturellen Ausbildungsanteile erhöhen. Das betrifft zum einen die „klassische“ Ausbildung an den Fachschulen für Sozialpädagogik. Zum ändern ist aber auch bei der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher an den Hochschulen darauf zu achten, dass die musisch-kulturellen Kompetenzen der künftigen Fachkräfte in erforderlichem Maße gefördert und auch durch verbindliche Prüfungsanteile eingefordert werden.</p>	<p>gen wird. Im Kindergarten kommen Kinder aus unterschiedlicher Herkunft erstmals zusammen. Deshalb ist der Kindergarten der Ort, an dem für alle Kinder wichtige Grundlagen für eine qualifizierte musikalische Bildung gelegt werden müssen.</p> <p>Wir Grünen teilen die Auffassung des VDS, dass freiwillige Angebote wie das Landesprogramm „Singen – Bewegen – Sprechen“ nur eine Ergänzung, aber kein Ersatz für qualifizierte musikalische Bildung für alle Kinder im Kindergarten sein können.</p> <p>Wir setzen uns deshalb für einen zügigen Ausbau und eine Qualitätsverbesserung der Kindertagesstätten ein. Nur wenn alle Kinder einen frühen Zugang zu Kitas erhalten und der Betreuungsschlüssel verbessert wird, können sie mit einer guten musikalischen Frühförderung erreicht werden. Es ist unser Ziel, dass die Umsetzung des Orientierungsplans, der ja kindgerechte musikpädagogische Ziele enthält, so schnell wie möglich verbindlich im Kindergarten gesetz verankert wird. Notwendig ist dazu eine umfassende Weiterbildung der Erzieherinnen, dafür muss auch das Land ausreichend Mittel zur Verfügung stellen.</p> <p>Für den bedarfsgerechten Ausbau der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für unter Dreijährige und des Kindergar-</p>	<p>stärken können. Im Rahmen der Verhandlungen über die neu zu gestaltende Grundschullehrerbildung haben wir erreicht, dass das Kultusministerium von seinem ursprünglichen Vorhaben eines gemeinsamen Kompetenzbereichs „Ästhetik“ aus Musik, Sport und Kunst abrückte, und „Sport/Bewegung“ nun als eigenständiger Kompetenzbereich ausgewiesen wird. Durch die zukünftig acht Semester Regelstudienzeit umfassenden Grundschullehrer-Studiengänge wird auch im Kompetenzfachverbund mit Kunst ein erhebliches Mehr sowohl an musikalisch-fachlichen als auch musikpädagogischen Inhalten vermittelt werden können als im momentanen Lehramtsstudiengang. Und schließlich absolvieren zukünftig alle angehenden Grundschullehrer eine Grundausbildung in musikalisch-ästhetischer Erziehung.</p> <p>Die FDP wird sich in analoger Weise wie bei der Grundschullehrerbildung für die Stärkung musikalischer und musikpädagogischer Inhalte in der Erzieheraus- und -fortbildung einsetzen. Erreicht wurde dieses Ziel bereits bei den Studiengängen zur frühkindlichen Pädagogik, die in dieser Legislaturperiode an den Pädagogischen Hochschulen neu eingerichtet wurden. In diesen spielt die musikalische Früherziehung und Musikpädagogik eine wichtige Rolle. Ein entscheidendes Instrument zur Weiterentwicklung</p>
--	--	---	--	--

	<p>Mit dem Landesförderprogramm Singen-Bewegen-Sprechen hat die CDU bislang knapp 1.400 Kooperationen zwischen Kindergärten bzw. Kindertageseinrichtungen und Musikschulen bzw. Musikvereinen geschaffen. Mit diesem Angebot wollen wir frühzeitig die Begeisterung von Kindern für die Musik wecken. Zugleich erhalten die Erzieherinnen und Erzieher in den beteiligten Einrichtungen musikalisch-pädagogische Impulse durch eine musikpädagogische Fachkraft. So wollen wir für noch mehr Kinder den Zugang zur Musik öffnen.</p>		<p>tens ab dem ersten Kindergartenjahr sind in den nächsten Jahren rund 12.500 zusätzliche qualifizierte Fachkräfte notwendig. Wir Grünen sehen eine große Chance darin, dass die Fachhochschulen und pädagogischen Hochschulen vermehrt Studiengänge für die Elementarbildung anbieten. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass dabei auch Studiengänge angeboten werden, die musikpädagogische Schwerpunkte beinhalten. Aber auch an den Fachschulen für Sozialpädagogik müssen die musikpädagogische Ausbildung verstärkt sowie zusätzliche Schwerpunktbildungen ermöglicht werden. Am wichtigsten ist für uns das Ziel, dass jede Kita zeitnah über mindestens eine musikpädagogisch besonders qualifizierte Fachkraft verfügt. Diese kann dann zunächst die Qualitätssicherung für die musikpädagogische Umsetzung des Orientierungsplans sowie den Kompetenztransfer für andere Erzieherinnen gewährleisten.</p>	<p>und Qualitätsverbesserung auch im Bereich der musikalischen Frühförderung ist der Orientierungsplan, den wir Liberalen flächendeckend umsetzen und somit verbindlich machen wollen.</p>
--	--	--	---	--

## 2. Fächerverbände in der Grund-, Haupt- und Werkrealschule

Sachstand: Die Fächerverbände in den genannten Schularten werden immer wieder als problematisch angesehen:

- Viele Lehrer, die in den Fächerverbänden musikalische Inhalte vermitteln sollen, sind keine ausgebildeten Musikfachlehrer und fühlen sich daher häufig überfordert.
- Obwohl es statistisch gesehen genug Musiklehrer gibt, werden sie oft nicht in Musik eingesetzt, weil sie beispielsweise als Klassenlehrer gebunden sind.
- Musik wird in den Fächerverbänden zu wenig in ihrer Eigengesetzlichkeit berücksichtigt; es entsteht der Eindruck, auf Musik könne als Schulfach verzichtet werden.
- Musikalische Leistungen der Kinder werden aus einer Pauschalnote für den Fächerverbund nicht ersichtlich.

Auf die vom Landesmusikrat Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium 2008 vorgelegte Studie zum Fächerverbund MNK an den Grundschulen sei in diesem Zusammenhang verwiesen. Hier wird auch die Rückkehr zum Musikfachunterricht empfohlen.

<b>Frage:</b>	<b>Antwort CDU:</b>	<b>Antwort SPD:</b>	<b>Antwort Grüne:</b>	<b>Antwort FDP:</b>
<p>Welche Möglichkeiten sehen Sie, Musik an den genannten Schularten wieder als eigenständiges Fach zu führen?</p>	<p>Die Fächerverbände wurden gebildet, um ein themenorientiertes, ganzheitlich ausgerichtetes Lernen im Themen- bzw. Lernfeld zu ermöglichen. Mit diesem multiperspektivischen Ansatz wollen wir ein fächerübergreifendes und projektorientiertes Lernen der Schülerinnen und Schüler fördern. Bei der Entwicklung des neuartigen Bildungsplans für die Werkrealschule hat die CDU diese Intention aktuell fortgeführt.</p> <p>Die CDU will an den baden-württembergischen Schulen auch künftig einen hochwertigen Unterricht im Fach Musik. Dies bedarf auch der behutsamen Optimierung. Damit für eine systematische Weiterentwicklung eine fundierte Datenbasis besteht, führt derzeit das Landesinstitut für Schulentwicklung eine Evaluation der Verbundfachkonzeption durch. Auf dieser Grundlage sollen dann – sofern erforderlich – Optimierungsschritte vorgenommen werden.</p> <p>An den Realschulen im Land ist das Fach Musik als eigenständiges Unterrichtsfach ab Klasse 5</p>	<p>Nach über fünf Jahren sieht die SPD-Landtagsfraktion bei den Fächerverbänden an Schulen zum Teil großen Korrekturbedarf. So fehlt beim Fächerverbund „Musik – Sport – Gestalten“ an Hauptschulen die Plausibilität. Dieser Verbund gleicht einer Zwangsvermählung. Die Schülerinnen und Schüler können in diesen drei so unterschiedlichen Fächern ihre Begabungen nicht im erforderlichen Maße zum Ausdruck bringen. Die SPD fordert deshalb, diesen Fächerverbund wieder aufzulösen und die drei betroffenen Fächer wieder eigenständig zu unterrichten.</p> <p>Aus Sicht der SPD muss auch die bisherige Notengebung in den Fächerverbänden auf den Prüfstand. Die Verbundnote verhindert eine differenzierte Darstellung der Leistungen der Schülerinnen und Schüler in den einzelnen Fachbereichen. Besonders abwegig ist die Notengebung wiederum im Fächerverbund „Musik – Sport – Gestalten“. Neben der Verbundnote wird im Zeugnis aber auch die Note des besten der drei Fächer</p>	<p>Wir Grünen teilen die Kritik des VDS, dass die Fächerverbände „Mensch, Natur und Kultur“ (MeNuK) und „Musik – Sport – Gestalten“ (MSG) sehr problematisch sind. Es ist aus unserer Sicht bildungspolitisch völlig verfehlt, dass ausgerechnet die Schülerinnen und Schüler der Haupt- und Werkrealschule, deren Eltern größtenteils nicht in der Lage sind, ihnen eine außerschulische musikalische Bildung zu ermöglichen, durch den Fächerverbund erheblich benachteiligt werden.</p> <p>Wir Grünen haben deshalb seit Jahren, zuletzt mit unserem Fraktionsantrag „Musikalische Bildung an Schulen: Breiten- und Spitzenförderung verbessern“ (Drs. 14/5731 vom 21.1.2010) beantragt, dass Musik aus dem Fächerverbund „MeNuK“ herausgenommen und als eigenständiges zweistündiges Fach in der Grundschule ausgewiesen wird und dass der Fächerverbund „MSG“ komplett aufgelöst wird. Wir haben gleichzeitig beantragt, dass im Bildungsplan der neuen Werkrealschule kein Fächerverbund</p>	<p>Die erwähnte Studie des Landesmusikrats zum Fächerverbund MNK veranlasste die FDP/DVP-Landtagsfraktion zu zahlreichen kritischen Nachfragen nach geplanten Konsequenzen der Landesregierung aus dem Befund der Studie. Denn wir Liberalen teilen die Sorge des Verbands Deutscher Schulmusiker, dass der Musikunterricht durch die Fächerverbände in ihrer gegenwärtigen Ausgestaltung eine Schlechterstellung erfahren kann; im Fall von MNK in der Grundschule ist die Gefahr offensichtlich. Schließlich gelang es uns, mithilfe eines gemeinsamen Antrags der Regierungsfractionen von CDU und FDP/DVP einen Beschluss des Schulausschusses herbeizuführen, der die Landesregierung zu einer kritischen Überprüfung der Fächerverbände insgesamt auffordert. Auf unser wiederholtes Nachfragen sicherte das Kultusministerium zu, dieser Problematik bei der für die zweite Jahreshälfte des Jahres 2011 vorgesehenen Überarbeitung der Bildungspläne erhöhte Beachtung zu schenken und dabei auch Benotungsformen wie eine</p>

	<p>weiterhin fest im Bildungsplan verankert. Den Schülerinnen und Schülern wollen wir in den vier Arbeitsbereichen „Musik machen – Singen, Sprechen und Musizieren“, „Musik umsetzen – Bewegung, Tanz, Szene“, „Musik hören“ und „Sich über Musik verständigen – Grundwissen“ ein Basiswissen vermitteln, die ihnen einen Zugang zu einem bedeutsamen Teil der Kultur öffnet.</p> <p>Wir wollen zudem erreichen, dass der Musikunterricht in der Realschule den Schülerinnen und Schülern zugleich Hilfe wie Möglichkeit für eine Sinn erfüllende Lebensgestaltung ist. Die CDU will auf diesem Weg menschliche und musikalische Erlebnisse von bleibendem Wert vermitteln und zugleich vielfältige Anregungen für spätere musikalische Aktivitäten geben.</p> <p>Aus Sicht der CDU Baden-Württembergs soll der Musikunterricht an den Schulen des Landes einen wesentlichen Beitrag zur ganzheitlichen Bildung und Erziehung leisten.</p>	<p>ausgewiesen. Nur diese Note – nicht die Verbundnote – ist für die Versetzung maßgebend. Statt Kopfnote fordert die SPD individuelle Berichte, die den Lernstand und die Lernentwicklung eines Schülers darlegen.</p>	<p>„MSG“ eingerichtet wird, sondern drei eigenständige Fächer ausgewiesen werden, die von jeweils dafür ausgebildeten Lehrkräften unterrichtet werden sollen. Wir halten es für sehr bedauerlich, dass trotz unserer Forderung an diesem Fächerverbund festgehalten wird. Es ist unser erklärtes Ziel, in der nächsten Legislaturperiode den Stellenwert der musikalischen Bildung in der Grundschule und in der Werkrealschule durch die Wiederherstellung eigenständiger Fächer wieder zu stärken. Wir werden uns auch dafür einsetzen, dass diese Fächer von Lehrkräften unterrichtet werden, die originär in einem fachbezogenen Studiengang dafür ausgebildet worden sind.</p>	<p>getrennte Ausweisung nach Fächern zu prüfen. Die FDP wird sich in diesem Zusammenhang aufgrund der oben erwähnten besonderen Bedeutung der Musik für ihre Stärkung vor allem im Grundschulbereich einsetzen und Maßnahmen entschieden entgegentreten, die einen Bedeutungsverlust der Musik im Fächerkanon nach sich ziehen könnten.</p>
--	--	---	---	---

### 3. Allgemein bildendes Gymnasium

#### Sachstand:

1. Im achtjährigen Gymnasium (G8) sind in der Stundentafel für den Musikunterricht in den Klassen 5 bis 10 insgesamt 9 Stunden vorgesehen. Dies ist wenig, lässt aber einen aufbauenden und Kultur erschließenden Musikunterricht gerade noch zu. Viele Schulen nutzen darüber hinaus die Möglichkeit, Poolstunden für den Musikunterricht einzusetzen.  
Laut Presseerklärung des Kultusministeriums vom 23.11.2010 soll nun gerade diese Möglichkeit durch die verpflichtende Verwendung von Poolstunden für Fördermaßnahmen eingeschränkt werden. Dies ist wohl der Erkenntnis geschuldet, dass die Belastung der Schüler im G8 für viele zu hoch ist. Zu befürchten ist jedoch, dass hier wieder an den „Nebenfächern“ gespart werden könnte.
2. Gerade die hohe zeitliche Belastung im G8 führt dazu, dass viele Schüler nur noch wenig Gelegenheit finden, sich außerschulisch zu engagieren, z.B. ein Instrument zu lernen. Dies führt häufig zu einer Verarmung des Musiklebens – außerhalb der Schule, oft aber auch innerhalb: Musikalische Arbeitsgemeinschaften werden häufig zugunsten des Fachunterrichts auf wenig attraktive Randstunden gelegt und finden daher weniger Zuspruch. Man vergegenwärtigt sich in diesem Zusammenhang, dass zwischen 1998 und 2008 weit über 1000 Arbeitsgemeinschaften Musik an Schulen Baden-Württembergs eingegangen sind.

Fragen:	Antwort CDU:	Antwort SPD:	Antwort Grüne:	Antwort FDP:
<p>Welche Möglichkeiten sehen Sie, den Musikunterricht am G8 auch zukünftig mit einer ausreichenden Stundenzahl zu versehen?</p> <p>Halten Sie ein „Gymnasium der zwei Geschwindigkeiten“ für denkbar?</p> <p>Welche Möglichkeiten sehen Sie, die zeitliche Belastung der Schüler zu reduzieren, ohne dass dies auf Kosten der Unterrichtsqualität geht?</p>	<p>Das Fach Musik am allgemein bildenden Gymnasium hat für uns als baden-württembergische CDU einen hohen Stellenwert. Deshalb haben wir bereits bei der Erstellung der Bildungspläne für die achtjährige Form des Gymnasiums in Baden-Württemberg das erfolgreiche Fach Musik unverändert beibehalten. Mit einem speziellen Musikprofil haben wir den allgemein bildenden Gymnasien die Möglichkeit einer individuellen Schwerpunktsetzung vor Ort geschaffen. Die Anzahl dieser Gymnasien wollen wir noch weiter ausbauen. Das attraktive Musikprofil zeichnet sich dadurch aus, dass in den Klassenstufen 5 bis 7 das Fach Musik mit erhöhter Stundenzahl erteilt wird; in den Klassen 8 bis 10 ist es sogar vierstündiges Kernfach.</p> <p>Die jungen Menschen in unserem Land sollen auch weiterhin einen Zugang zur Musik finden, weshalb auch künftig an allen allgemein bildenden Gymnasien</p>	<p>Die Kritik am achtjährigen Gymnasium (G 8) reißt seit dessen Einführung im Schuljahr 2004/05 nicht ab: Eltern klagen über die zu hohe schulische Belastung ihrer Kinder, außerschulische Aktivitäten müssen aufgegeben werden und selbst das Familienleben leidet unter dem G8-Stress. Schulen, Lehrkräfte und Schulträger kritisieren, sie seien nicht ausreichend auf die Einführung des G 8 vorbereitet worden.</p> <p>Drei voneinander unabhängige Umfragen (eine Umfrage der SPD-Landtagsfraktion vom Sommer 2008, eine Umfrage von TNS Infratest-Sozialforschung vom Mai 2009, eine Umfrage der Elterninitiative „Schule mit Zukunft“ vom November 2010) kommen zum selben Ergebnis: zwischen 70 und 80 Prozent der Befragten plädieren für die Wahlfreiheit zwischen einem achtjährigen Zug und einem neunjährigen Zug zum Abitur.</p>	<p>Wir Grünen haben die flächen-deckende Einführung des G8 vor allem wegen der Verkürzung und Verdichtung des Unterrichts in der Unterstufe kritisiert. Wertvolle Übungs-, Wiederholung- und Vertiefungszeit ist ersatzlos gestrichen worden. Bislang ist es nur durch die Poolstunden möglich gewesen, fachspezifisch zusätzliche Schwerpunkte zu setzen. Mittlerweile ist die Übergangsquote ins Gymnasium auf stabile 40 % gestiegen. Viele Schülerinnen und Schüler sind zeitlich stark überlastet und stehen unter hohem Lerndruck. Wir Grünen lehnen die Rückkehr zu einem restriktiveren Zugang ins Gymnasium mit der Folge einer Verschärfung der ohnehin bestehenden sozialen Auslese ab. Mit der Vorgabe der Kultusministerin, dass künftig 5 der 10 Poolstunden verbindlich für Differenzierungs- und Fördermaßnahmen eingesetzt werden müssen, können die Probleme des zu hohen Drucks im G8 allenfalls gemildert, aber nicht</p>	<p>Die Einführung des generell achtjährigen allgemein bildenden Gymnasiums ist von der FDP als Beitrag zur Verkürzung der Erstausbildungszeiten seit Langem gefordert worden. Gleichzeitig haben wir auf eine Bildungsplanreform gedrängt, die die Schulen in die Lage versetzt, eigenständige inhaltliche und pädagogische Schwerpunkte zu setzen und die Lerninhalte auf ein angemessenes Maß zu begrenzen. Die 2004 zusammen mit dem achtjährigen Gymnasium allgemein eingeführten Bildungspläne sehen ein Kerncurriculum vor, das ungefähr zwei Drittel der Lerninhalte („Bildungsstandards“) als verbindlich vorschreibt, und ein Schulcurriculum, das die Schulen selbstständig zusammenstellen; hierfür können sie die als nicht verbindlich gekennzeichneten Bildungsstandards heranziehen, müssen dies aber nicht. Dieser Prozess einer stärkeren curricularen Eigenständigkeit der Schulen muss nach Auffassung der FDP</p>

	<p>die Möglichkeit besteht, Musik als vierstündiges Fach in der Kursstufe zu belegen.</p> <p>Wir wollen, dass der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zukunftsfähig bleibt und junge Menschen die Chance erhalten, ein Studium auch außerhalb Deutschlands aufzunehmen. Das achtjährige Gymnasium ist bundesweit wie international heutzutage Standard. Für uns ist es deshalb entscheidend, die Qualität des Unterrichts noch weiter zu verbessern. Unser Weg zum Abitur in neun Jahren führt über Realschule und berufliches Gymnasium. Mit 100 zusätzlichen Klassen zum kommenden Schuljahr 2011/12 ermöglichen wir einen reibungslosen Übergang.</p> <p>Die CDU Baden-Württemberg hat die Weichen richtig gestellt, damit das Abitur 2012 gelingt. Wir haben in den Bildungsplänen das richtige Gleichgewicht zwischen Leistungsanforderung und Anpassung der fachlichen Inhalte gefunden. Auch tragen wir dafür Sorge, dass die Abiturprüfung bestens organisiert sein wird.</p> <p>Dies genügt uns aber nicht: Wir haben als einziges Bundesland auch frühzeitig für die nach unserem Verständnis notwendigen Anschlüsse gesorgt. Mit dem ‚Hochschulausbauprogramm 2012‘ haben wir zusätzlich 20.000 Studienplätze für Erstsemester im Land geschaffen.</p>	<p>Doch nicht nur die anhaltende massive Kritik am G 8 insbesondere durch die Eltern sollte die CDU/FDP-Landesregierung zu einem Umdenken ihrer Gymnasialpolitik veranlassen. Die Übergangsquoten von der Grundschule in das Gymnasium sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Im Schuljahr 2009/10 sind landesweit 40,2 Prozent der Grundschüler auf ein Gymnasium gewechselt; in einzelnen Landkreisen lag diese Quote bei weit über 50 Prozent. Damit ist das Gymnasium die meistbesuchte weiterführende Schulart. Infolgedessen nimmt die Heterogenität der Schülerinnen und Schüler zu — zum einen hinsichtlich ihrer Leistungen, zum anderen hinsichtlich ihrer soziokulturellen Herkunft.</p> <p>Als Konsequenz aus der anhaltenden massiven Kritik am G 8 und aus der steigenden Heterogenität der Schülerschaft will die SPD den allgemein bildenden Gymnasien die Möglichkeit eröffnen, neben dem achtjährigen auch einen neunjährigen Zug zum Abitur anzubieten — auf der Basis des Bildungsplans für das G 8. Die Entscheidung hierüber trifft die Schulkonferenz im Einvernehmen mit dem Schulträger. Eltern und Schüler hätten dann die Wahl zwischen zwei Lerngeschwindigkeiten. Das bedeutet weniger Lernstress und die Chance für mehr junge Menschen, das Abitur am allgemein bildenden Gymnasium zu erwerben.</p>	<p>gelöst werden. Auch wenn wir es für wünschenswert halten, dass ein deutlicher Anteil der Poolstunden für Differenzierungsmaßnahmen eingesetzt wird, so wollen wir die Freiräume der Schulen für die Umsetzung ihrer pädagogischen Schwerpunkte nicht beschneiden.</p> <p>Unser Gesamtkonzept zur Lösung der Probleme des G8 sieht mehrere Ziele vor. Wir wollen den Gymnasien die 2 (von ursprünglich 12 auf 10) gestrichenen Poolstunden pro Zug zurückgeben. Dadurch werden die pädagogischen Spielräume wieder erweitert. Ganz wichtig ist für uns der Ausbau des Gymnasiums zur rhythmisierten Ganztagschule, die erst dadurch ein echtes Wahlangebot für alle Schülerinnen und Schüler werden kann. Dazu muss die Ganztagschule als Regelform im Schulgesetz verankert und mit ausreichendem pädagogischem Personal in Form von zusätzlichen Lehrerstunden sowie einem Budget für qualifizierte Lehrbeauftragte ausgestaltet werden. Dabei ist es möglich, zusätzliche Musikstunden, auch in Form von Instrumentalklassen, in die pädagogische Ausgestaltung der Ganztagschule einzubeziehen. Wenn die Hausaufgaben und erforderliche Übungszeiten im Rahmen der Ganztagschule erledigt werden, bleibt mehr Zeit für das individuelle Erlernen eines Musikinstruments. Wir wollen allen</p>	<p>im Rahmen der ab der zweiten Jahreshälfte 2011 bevorstehenden Überarbeitung der Bildungspläne fortgesetzt werden. Aus den Erfahrungen der Umstellung auf das achtjährige Gymnasium müssen jedoch dahingehend Konsequenzen gezogen werden, dass die Kultusverwaltung ausreichend Hilfestellungen und Begleitung der Schulen bei der Umsetzung der neuen Bildungspläne anbietet. Die Erfahrungen des parallelen G8/G9-Zugs, dessen Schüler im Jahr 2012 sein Abitur ablegen werden, sind nicht nur bildungswissenschaftlich hochinteressant, sondern es gilt sie in die von der Kultusministerin angekündigte Überarbeitung der Bildungspläne für das achtjährige Gymnasium einzubeziehen.</p> <p>Darüber hinaus unterstützt die FDP die vom Kultusministerium geplanten Nachbesserungen im Bereich des achtjährigen Gymnasiums. Die Verbindlichkeit der maximalen Wochenstundenzahl und der Zahl der Unterrichtsnachmittage in den Klassen 5, 6 und 7 erscheint uns als eine sinnvolle Maßnahme, um die Arbeitsbelastung der Schüler in einem angemessenen Rahmen zu halten und ihnen so das Ausüben ihrer Hobbys sowie Sport- bzw. Musikaktivitäten zu ermöglichen. Wichtig ist uns Liberalen aber auch die Möglichkeit der Schulkonferenz, von dieser Vorgabe beispielsweise zur Ausgestaltung der Ganztagesbetreuung abzuweichen, wenn sich</p>
--	---	---	---	--

	<p>Der CDU ist wichtig, dass das Land mit gutem Beispiel im Interesse der Absolventen vorgeht. Deshalb stockt das Land als Arbeitgeber die Anzahl der Ausbildungsplätze in 2012 um fünf Prozent auf. Gemeinsam mit der Wirtschaft wollen wir im Ausbildungspakt das Angebot an Ausbildungsplätzen insgesamt erhöhen. Uns ist jeder einzelne Mensch wichtig – dies ist auch hier unser Leitmotiv!</p> <p>Das achtjährige Gymnasium ist inzwischen in ganz Deutschland eingeführt. Wir verstehen, dass bei der Umstellung auf den achtjährigen Bildungsgang in Einzelfragen noch Verbesserungsbedarf besteht. Deshalb steuern wir im Dialog mit Schülern und Eltern nach und entlasten die Schülerinnen und Schüler nach der tatsächlichen Reduzierung des Lernstoffs mit weniger Pflichtstunden und mehr individueller Förderung.</p> <p>Die CDU Baden-Württemberg will die individuelle Förderung der Kinder und Jugendlichen am Gymnasium noch weiter ausbauen. So sollen weitere Fördermöglichkeiten beispielsweise durch verstärkte Binnendifferenzierung im Unterricht oder durch zusätzliche Fördermaßnahmen geschaffen werden. Schon zum kommenden Schuljahr werden konkrete Maßnahmen in Kraft treten, die der weiteren Entlastung der Schülerinnen und Schüler sowie deren individuel-</p>	<p>Das Auguste-Pattberg-Gymnasium in Mosbach möchte genau diesen Weg gehen und hat ein schlüssiges pädagogisches Konzept erarbeitet. Dabei gingen die Schule und die Kommune einen vorbildlichen Weg der Schulentwicklung. Jedoch wurde der Antrag der Gemeinde Mosbach auf Einrichtung eines Schulversuchs „G 8 plus“ von der CDU/FDP-Landesregierung abgelehnt. Sie bremst damit das Engagement der Akteure vor Ort aus und verhindert, dass mehr junge Menschen bessere Bildungschancen erhalten. Die SPD möchte solche Prozesse unterstützen und den Anspruch auf Genehmigung solcher Konzepte im Schulgesetz festschreiben.</p> <p>Neben der Möglichkeit eines neunjährigen Zugs zum Abitur sollen nach dem Willen der SPD aber auch „systemimmanent“ die Inhalte des G 8-Bildungsplans für das Gymnasium neu verteilt werden. Die Verdichtung des Stoffes erfolgt nicht wie bisher in der Unter- und Mittelstufe, sondern in der Oberstufe. Dadurch kann der Lernstress in der Unter- und Mittelstufe reduziert werden. Im Zuge dessen erhalten die Schülerinnen und Schüler im G 8 die mittlere Reife erst nach der 10. Klasse, und nicht wie heute informell bereits nach der 9. Klasse. Dadurch werden die Bildungspläne des Gymnasiums wieder kompatibler zur Realschule und das System insgesamt durchlässiger.</p>	<p>Gymnasien die Möglichkeit eines Brückenjahrs als „Bypass“ nach der neunten Klasse geben. Die Teilnahme der Schülerinnen und Schüler soll auf freiwilliger Basis auf Empfehlung der Lehrkräfte erfolgen. Das Jahr dient vor allem dem Schließen von Lücken und der Aufarbeitung von Leistungsrückständen. Dadurch kann die Erfolgchance für die gymnasiale Oberstufe verbessert werden. Das Brückenjahr soll auch leistungsstarken Realschülern ermöglichen, ins Gymnasium zu wechseln, indem sie nach der 9. Klasse im Brückenjahr den Anschluss an die gymnasialen Standards erreichen und fit gemacht werden für die allgemein bildende gymnasiale Oberstufe.</p> <p>Dem Wunsch vieler Eltern nach einem „Gymnasium der zwei Geschwindigkeiten“ wollen wir dadurch Rechnung tragen, dass wir ein paralleles G9 in Form von Schulversuchen dort zulassen, wo die Schulgemeinschaft dies mit Unterstützung des Schulträgers beantragt. Dabei kann herausgefunden werden, ob und in welcher Form ein Wahlangebot G8 oder G9 sinnvoll ist.</p>	<p>Eltern, Schüler, Schulleitung und Lehrer hierbei einig sind. Hierdurch bleibt die letzte Entscheidung in der Verantwortung der Schule und der am Schulleben Beteiligten. Nach Auffassung der FDP darf die Zahl der Kontingentstunden für Musik am Gymnasium auf keinen Fall weiter verringert werden. Wir haben uns stets dafür ausgesprochen, die Entscheidung über die Verwendung der Poolstunden der einzelnen Schule zu überlassen. Hier Zweckbindungen vorzunehmen, wäre aus unserer Sicht ein Rückschritt, den wir nicht mittragen wollen.</p> <p>Eine Wahlmöglichkeit zwischen einem Abitur nach acht Jahren Schulzeit und nach neun Jahren Schulzeit ist durch die beruflichen Gymnasien gegeben, die weiterhin drei Jahre umfassen und an die mittlere Reife bzw. die 10. Klasse der Realschulen und Werkrealschulen sowie auch der Gymnasien anschließen. In den vergangenen Jahren reichten die Kapazitäten an den beruflichen Gymnasien wegen der großen Nachfrage nicht aus, um alle Bewerber aufzunehmen, die über die entsprechenden formalen Voraussetzungen verfügten. Die Regierungskoalition von FDP und CDU hat deshalb die beruflichen Gymnasien stark ausgebaut. Allein zum Schuljahr 2011/12 werden hundert zusätzliche Klassen geschaffen, so dass dieses Jahr nicht mehr mit fehlenden Kapazitäten zu rechnen ist. Unabhängig hiervon</p>
--	--	--	---	---

	<p>len Förderung dienen. Auf diesem Weg verbessern wir den achtjährigen Bildungsgang noch weiter und bewahren die hohe Qualität des baden-württembergischen Abiturs am allgemein bildenden Gymnasium.</p> <p>Damit uns dies gelingt, wollen wir fünf der insgesamt zehn Poolstunden künftig ausschließlich zur individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler nutzen. Sie sollen vor allem im Fachunterricht noch mehr für die Schaffung kleinerer Lerngruppen genutzt werden. Wir wollen damit der Intensivierung des Gelernten, des Übens und des Vertiefens von Lernstoff noch mehr Raum geben.</p> <p>Wir organisieren die Schule vor Ort so, dass ein gewinnbringendes Vereinsleben weiterhin möglich ist. Die Schülerinnen und Schüler sollen weiterhin die Chance haben, Erfahrungen auch außerhalb der Schule sammeln zu können. Sie sollen zu verantwortungsvollen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes werden. Dafür wird sich die CDU verstärkt engagieren. Dazu soll konkret beitragen, dass die Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 und 6 künftig mindestens an drei Nachmittagen keinen Pflichtunterricht haben, in den Klassen 7 bis 9 an mindestens zwei Nachmittagen. Darüber hinaus will die CDU, dass in den Klassen 5 bis 6 künftig höchstens 32 Wochenstunden unterrichtet werden.</p>	<p>Beide Wege, sowohl der neun-jährige Zug zum Abitur als auch die systemimmanenten G 8-Veränderungen, eröffnen wieder mehr Freiräume für musisch-kulturelle Angebote im Gymnasium.</p>		<p>setzt sich die FDP für mehr Gestaltungsfreiraum der Schulen in der Schulentwicklung ein und unterstützt Modelle des Lernens in unterschiedlichen Geschwindigkeiten.</p>
--	--	---	--	--

	Damit schaffen wir für die Kinder und Jugendlichen wieder mehr Freiraum für die Wahrnehmung außerschulischer Bildungsangebote in Verein und Ehrenamt, für Hobbys, Familie und Freunde.			
--	--	--	--	--

#### 4. Berufliches Gymnasium

Sachstand: Die Beruflichen Gymnasien finden mehr und mehr Zuspruch: Mittlerweile erwerben über 30% aller Abiturienten die allgemeine Hochschulreife an einem Beruflichen Gymnasium – Tendenz steigend. Dadurch stehen vor allem Schülern aus bildungsferneren Schichten oder Migranten zusätzliche Möglichkeiten zum Erwerb des Abiturs offen.

Obwohl diese Schüler jedoch die allgemeine Hochschulreife erwerben und Musikunterricht im Bildungsplan auch vorgesehen ist, findet dieser – bis auf wenige Ausnahmen – an den Beruflichen Gymnasien de facto nicht statt. Eine dieser Tage erschienene Dissertation hat ermittelt, dass lediglich 2% aller Schüler an Beruflichen Gymnasien Musikunterricht haben. Dies ist nicht hinnehmbar, zumal hier eine große Zahl zukünftiger gesellschaftlicher Führungskräfte heranwächst, denen in ihrer Gymnasialzeit eine kulturelle Bildung in diesem wichtigen Bereich verwehrt blieb.

Frage:	Antwort CDU:	Antwort SPD:	Antwort Grüne:	Antwort FDP:
Würden Sie sich für eine Stärkung bzw. Wiedereinführung des Musikunterrichts an den Beruflichen Gymnasien einsetzen, sodass die dort erworbene allgemeine(!) Hochschulreife diesen Namen auch verdient?	Das Fach Musik kann – neben anderen Fächern – im Wahlbereich des beruflichen Gymnasiums angeboten werden. Allerdings kann dieses Angebot nur wahrgenommen werden, wenn eine ausreichende Anzahl von Schülerinnen und Schülern das notwendige Interesse für dieses Fach mitbringen. Wir sind uns aber sicher, dass auch Abiturienten ohne Wahlfach Musik in der Oberstufe des beruflichen Gymnasiums eine allgemeine Hochschulreife mit musikalischer Bildung ablegen. Die Schülerinnen und Schüler der beruflichen Gymnasien kommen zu ca. 15% aus allgemein bildenden Gymnasien und überwiegend (fast 70%) aus Realschulen. Selbstverständlich haben sie an den vorherigen Schulen eine musikalische Bildung entsprechend der dortigen Bildungspläne erhalten.	In Baden-Württemberg wird inzwischen ein Drittel aller allgemeinen Hochschulzugangsberechtigungen an den beruflichen Gymnasien erworben. Nach dem baden-württembergischen Schulgesetzes ist die Vergabe der Hochschulreife an beruflichen Gymnasien an eine „breite und vertiefte Allgemeinbildung“ gebunden. Zu einer Allgemeinbildung, die diesen Namen verdient, gehören für die SPD auch Kenntnisse im musischen Bereich. Diese Kenntnisvermittlung ist an den beruflichen Gymnasien jedoch zurzeit nicht möglich.  Bereits im Jahr 1998 wurden die künstlerisch-ästhetischen Fächer in den beruflichen Gymnasien vom Wahlpflichtfach zum Wahlfach heruntergestuft. Dadurch gehört die künstlerisch-ästhetische Bildung nicht mehr zum Pflichtcurriculum der allgemeinen	Grundsätzlich ist es für uns sehr unbefriedigend, dass die musikalische Bildung aus dem Beruflichen Schulwesen nahezu vollständig ausgeschlossen bleibt. Lediglich an den Beruflichen Gymnasien ist Musikunterricht überhaupt in den Bildungsplänen enthalten. Uns Grünen war bislang nicht bekannt, dass nur 2 % der Schülerinnen und Schüler an den Beruflichen Gymnasien tatsächlich Musikunterricht haben. Diese geringe Zahl ist erschreckend. Hier besteht ein akuter Handlungsbedarf.  Die Beruflichen Gymnasien sind vorwiegend die Schulen für Bildungsaufsteiger. Bei den Schülerinnen und Schülern, die nach der Hauptschule die Werkrealschule oder die zweijährige Berufsfachschule erfolgreich abgeschlossen haben und in die Beruflichen Gymnasien aufge-	Die FDP unterstützt das Anliegen des Verbands Deutscher Schulmusiker ausdrücklich. Für den Erwerb der allgemeinen Hochschulreife ist die Belegung eines mindestens zweistündigen Kurses Musik oder Bildende Kunst erforderlich, deshalb ist ein entsprechendes Wahlpflichtangebot nach unserer Auffassung Teil der regulären Unterrichtsversorgung. Für die Verbesserung der Unterrichtsversorgung haben wir Liberalen uns in dieser Legislaturperiode eingesetzt, und dies ist auch eines unserer wichtigsten bildungspolitischen Ziele für die kommende Legislaturperiode. Insbesondere die beruflichen Schulen haben unter einem Unterrichtsdefizit zu leiden, das im Schuljahr 2008/09 immerhin auf durchschnittlich 4,6 Prozent und im Schuljahr 2009/2010 auf 4,5 Prozent gesenkt werden

	<p>Die Fächer des Pflichtbereichs (und damit ein großer Teil des Stundenumfangs) an den beruflichen Gymnasien sind größtenteils durch KMK-Beschlüsse vorgegeben. Darüber hinaus kann der Pflichtbereich auch aus Ressourcengründen stundenmäßig nicht ausgeweitet werden. Daher ist es leider nicht möglich, alle Fächer im Pflichtbereich anzubieten.</p>	<p>Hochschulreife. Zurzeit können Musikunterricht, ebenso wie Literatur oder Kunst in den Jahrgangsstufen 1 und 2 als ergänzendes Wahlfach belegt und als fünftes Prüfungsfach im Abitur gewählt werden. Doch selbst wenn Musikunterricht genommen wird: Die Unterrichtsstunden werden oft in Randzeiten am Nachmittag gelegt und können von den Schülerinnen und Schülern nur durch erhebliche zusätzliche zeitliche Belastung belegt werden.</p> <p>Die steigenden Schülerzahlen an den beruflichen Gymnasien, die zusätzliche Belastung für die Schülerinnen und Schüler bei Belegung eines Wahlfaches in der Oberstufe und die ohnehin mangelhafte Unterrichtsversorgung führen dazu, dass der Musikunterricht zunehmend aus den beruflichen Gymnasien verschwindet.</p> <p>Der SPD ist sehr daran gelegen, die Bedeutung des Musikunterrichts für die gesamte gymnasiale Oberstufe in Baden-Württemberg zu steigern. Wir wollen die Einführung von Musikunterricht als reguläres Unterrichtsfach wohlwollend prüfen. Sicherzustellen ist, dass ein solcher Schritt begleitet wird von der Ausbildung und Einstellung von qualifiziertem Personal in den Schulen und den Seminaren. Dadurch wird ein qualitativ hochwertiger Musikunterricht gewährleistet.</p>	<p>nommen werden, handelt es sich fast durchweg um begabte und leistungsstarke Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Gerade für sie wäre eine qualifizierte musikalische Bildung – die sie ja in der Hauptschule oftmals nicht hatten – von großer Bedeutung. Wir Grünen wollen deshalb in der nächsten Legislaturperiode den Musikunterricht an den Beruflichen Gymnasien systematisch ausbauen. Wir wollen aber auch prüfen, inwieweit auch an anderen Beruflichen Schulen, vor allem an den Beruflichen Vollzeitschulen, an denen allgemein bildende Schulabschlüsse erworben werden können, Musikunterricht angeboten werden kann.</p>	<p>konnte. Die FDP setzt sich für ein den Schulen zuzuweisendes Budget ein, bei dem die Ressourcen nicht nur für die Gewährleistung des regulären Unterrichts und zusätzlicher Angebote, sondern auch für die Gewinnung von Vertretungslehrern einbezogen sind, so dass die Schulen im Bedarfsfall schnell und unbürokratisch handeln können. Auch wollen wir Liberalen allen Schularten entsprechend einer bisher nur für Gymnasien und beruflichen Schulen geltenden Regelung die Möglichkeit einer bereits im November des Vorjahres erfolgenden Einstellungs zugesage für angehende Lehrkräfte eröffnen und den Anteil der schulbezogenen Stellenausschreibungen an allen Schularten signifikant erhöhen. Gleichzeitig sollte den Schulen die Möglichkeit eröffnet werden, Zulagen insbesondere zum Anwerben von Lehrern in Gebieten zu gewähren, die von den Lehramtsbewerbern weniger stark nachgefragt werden. Generell gilt es, durch mehr Möglichkeiten für Leistungsanreize, zum Beispiel Beförderungen, den Lehrerberuf attraktiver zu machen.</p>
--	--	---	--	---

## 5. Musiklehrerausbildung an den Hochschulen

### Sachstand:

1. In die modularisierten Lehramtsstudiengänge sind zahlreiche Inhalte integriert, die bisher im zweiten Ausbildungsabschnitt zu finden waren. Hier besteht die Gefahr, dass den Studenten die Zeit fehlt, zu einer künstlerisch gereiften, wissenschaftlich gebildeten und zur Selbstreflexion fähigen Lehrerpersönlichkeit heranzuwachsen. Speziell in künstlerischen Studiengängen ist dieser Reifeprozess unverzichtbar. Dies gilt für alle Schularten. Eine „Entakademisierung“ des künstlerischen Lehramts wäre ein Rückschritt ins 19. Jahrhundert.
2. Angesichts des Klassenlehrerprinzips an den Grundschulen ist es notwendig, dass alle GS-Lehrer elementare musikpädagogische Kompetenzen mitbringen, um mit den Kindern auch außerhalb des Musikunterrichts singen und musizieren zu können. Mit dem „Musikpraktischen Nachweis“ ist hier ein Anfang gemacht, wenn auch fakultativ. Das für das neue Grundschullehramtsstudium vorgesehene ästhetische Grundmodul erscheint jedoch als zu unspezifisch.

Fragen:	Antwort CDU:	Antwort SPD:	Antwort Grüne:	Antwort FDP:
<p>Welche Möglichkeiten sehen Sie, in den künstlerischen Lehramtsstudiengängen die nötigen Freiräume zur künstlerischen und wissenschaftlichen Persönlichkeitsentwicklung und die akademische Qualität der Studiengänge zu erhalten?</p> <p>Welche Möglichkeiten sehen Sie, elementare musikpädagogische Inhalte in allen Grundschullehramtsstudiengängen zu etablieren?</p>	<p>Eine Schlüsselrolle nimmt für die CDU Baden-Württemberg das fachlich hochwertige gymnasiale Lehramtsstudium im Fach Musik ein. Dies spiegelt sich eindeutig in den Studieninhalten wider. Wir wollen, dass die Hochschulen den Studierenden auch weiterhin in ausreichendem Maße Freiräume zur künstlerischen und wissenschaftlichen Persönlichkeitsentwicklung geben. Bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Studienordnungen haben Fachleute aus Schule und Wissenschaft zusammen gewirkt.</p> <p>Kinder und Jugendliche brauchen Lehrkräfte, von denen sie mit innerer Begeisterung unterrichtet und gefördert werden. Lehramtsstudierende im Fach Musik müssen deshalb von ihrer Berufswahl vollständig überzeugt sein. Wir geben dazu künftigen Lehrerinnen und Lehrern die Chance, sich vor dem Einstieg in ein Lehramtsstudium selbst zu prüfen, ob sie</p>	<p>Die Sorge, die in dieser Fragestellung zum Ausdruck kommt, teilt die SPD in vollem Umfang: die Modularisierung der Studiengänge führt zu einer reflektionsfeindlichen, konsumistischen Studierweise, die nicht den persönlichkeitsbildenden Zielen eines akademischen Studiums entspricht. Damit wiederholt sich in den Lehramtsstudiengängen tendenziell eine Negativ-Erfahrung aus der Umsetzung des Bologna-Prozesses. Einer der Hauptkritikpunkte, die sich dort herauskristallisiert haben, ist die kurztaktige, kleinportionierte Vermittlung und Abprüfung der Studieninhalte.</p> <p>Die SPD ist der Auffassung, dass es Studiengänge gibt, in denen eine solche Studierweise den Studienzielen angemessen sein mag und insofern sollte darüber in der Tat nicht schematisch entschieden werden, sondern in Würdigung der jeweiligen Fächerkultur und der</p>	<p>Bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses sind viele Fehler gemacht worden. Erst aufgrund der massiven Proteste der Studierenden sind Korrekturen eingeleitet worden. Wir Grünen teilen die Auffassung des VDS, dass sich die Modularisierung der Lehramtsstudiengänge als problematisch für die künstlerischen Lehramtsstudiengänge erweist. Wir Grünen wollen uns dafür einsetzen, dass die Qualität der künstlerischen und akademischen Ausbildung sowie die notwendigen Freiräume für die Studierenden an den Musikhochschulen und Kunstakademien auch künftig erhalten bleiben.</p> <p>Wir Grünen haben gemeinsam mit den Pädagogischen Hochschulen, dem VDS und dem Landesmusikrat seit vielen Jahren gefordert, dass das Grundschullehramt reformiert und von 6 auf 8 Semester erweitert wird. Dieses Ziel ist endlich erreicht worden. Auch wir Grünen halten es erforderlich, dass alle Grundschullehr-</p>	<p>In schwierigen Verhandlungen mit dem Finanz-, dem Kultus- und dem Wissenschaftsministerium über die Reform der Lehrerausbildung hat sich die FDP erfolgreich für einen eigenständigen Studiengang für das Grundschul- bzw. Primarlehramt eingesetzt, der ebenso wie der Studiengang für das Sekundarlehramt acht Semester Regelstudienzeit umfasst. Diese Dauer erscheint uns im Hinblick auf die hohen Anforderungen geboten, mit denen sich die Grundschullehrkräfte in fachlicher wie in pädagogischer Hinsicht angesichts der großen gerade auch sozialen Vielfalt der Schülerschaft konfrontiert sehen. Gleichzeitig haben wir Liberalen erreicht, dass die angehenden Lehrerinnen und Lehrer bei der Fächerwahl möglichst große Freiheit besitzen. Im Studiengang „Grundschullehramt“ sind somit wie bisher – gemäß dem Klassenlehrerprinzip – nur die Kompetenzbereiche Deutsch und Ma-</p>

	<p>diesen Beruf wirklich mit der nötigen Freude und Begeisterung ausfüllen können und wollen.</p> <p>Wir wollen, dass im künftigen Studiengang ‚Lehramt an Grundschulen‘ alle Absolventinnen und Absolventen vier Kompetenzbereiche studieren: Neben den beiden obligatorischen Bereichen Deutsch und Mathematik sollen sie zwei weitere Bereiche nach Wahl belegen. Dabei sollen alle Studierenden der Fächer Kunst und Musik die grundlegende Befähigung erlangen, künstlerisch-musikalische Themen theoretisch vorzubereiten, handlungsorientiert und langfristig in Unterricht und Schulalltag umzusetzen. Die CDU will, dass Lehrerinnen und Lehrer in die Lage versetzt werden, die notwendige Freude und Motivation bei den Kindern für kreative Aufgaben und Tätigkeiten zu fördern.</p> <p>Darüber hinaus wollen wir erreichen, dass alle Studierenden des Grundschullehramts – also auch diejenigen, die nicht Musik studieren – eine Grundqualifikation im musisch-ästhetischen Bereich und in der Bewegungserziehung erhalten. Sie sollen dazu befähigt werden, Projekte mit den Schülerinnen und Schülern umsetzen zu können.</p>	<p>Studienziele. Gerade deshalb eignet sich die Ausbildung der Musiklehrerinnen und Musiklehrer ganz eindeutig nicht für eine solche ‚tayloristische‘ Studienorganisation und deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass die Modularisierung der Studiengänge so modifiziert wird, dass sie einerseits ihre Vorteile bewahren kann (Vergleichbarkeit, leichtere Anerkennungsfähigkeit etc.), andererseits aber der Charakter eines akademischen Studiums wieder rekonstruiert wird.</p> <p>Die SPD beurteilt den „Musikpraktischen Nachweis“ als eine ganz wichtige Voraussetzung, damit die weitgehend verloren gegangene Basiskompetenz, die Lehrerinnen und Lehrer, später: Musiklehrerinnen und Musiklehrer in den Schulen, aber darüber hinaus in den Städten und Gemeinden repräsentiert haben, wiederhergestellt werden kann. Das hat nichts mit dem romantisierenden Bild des Lehrers zu tun, der sich in seiner Landgemeinde außerhalb seiner Schulpflichten auch noch für den Männergesangsverein, den Beerdigungschor und das Laienspielkreis verantwortlich fühlt. Es geht heute vielmehr darum, der massiven Entkulturalisierung des Lebensalltags unserer Kinder eine breite, in diesem Fall musikpädagogisch fundierte Praxis unserer Lehrerinnen und Lehrer entgegen zu stellen. Insofern ist durchaus zu erwä-</p>	<p>kräfte wegen des Klassenlehrerprinzips elementare musikpädagogische Kompetenzen erwerben müssen, damit Singen und Rhythmik in den täglichen Unterrichtsablauf integriert werden können. Die Einbeziehung musikalischer Elemente in den Unterrichtsalltag darf allerdings kein Ersatz für einen fachlich anspruchsvollen eigenständigen Musikunterricht sein. Dieser kann aber nur von besonders dafür ausgebildeten Musiklehrkräften erteilt werden. Der Entwurf des neuen Primarschullehramtsstudiengangs sieht vor, dass alle Studierende verpflichtend die Kompetenzbereiche Deutsch und Mathematik studieren müssen. Zusätzlich müssen sie zwei weitere Kompetenzbereiche auswählen, von denen einer „ästhetisch-musikalische Bildung“ sein kann. Studierende die sich für diesen Kompetenzbereich entscheiden, können dann das zugeordnete Fach Musik vertieft studieren. Wir wollen erreichen, dass diese Festlegung noch einmal auf den Prüfstand gestellt wird. Mit einer musikalischen Schmalspurausbildung dürfen wir uns jedenfalls nicht zufrieden geben, wenn das anspruchsvolle Ziel der individuellen musikalischen Bildung in der Grundschule angesichts der großen Heterogenität der Kinder erreicht werden soll.</p>	<p>thematik vorgegeben, zwei weitere Kompetenzbereiche wählen die Studierenden selbst aus. Sport und Bewegung bleibt dabei als eigenständiger Kompetenzbereich neben Musik/Ästhetik erhalten, zugleich absolvieren alle künftigen Grundschullehrer eine Grundausbildung in musikalisch-ästhetischer Erziehung sowie in Bewegungserziehung. Der ebenfalls neu gestaltete und zum Wintersemester 2011/12 an den Pädagogischen Hochschulen Ludwigsburg und Heidelberg startende Lehramtsstudiengang „Sonderpädagogik“ wird künftig neun Semester umfassen.</p> <p>Die neuen Lehramtsstudiengänge wurden modularisiert, und die einzelnen Studienbestandteile werden künftig mit ECTS-Punkten bewertet, so dass diese generell vergleichbar und übertragbar sind. Eine Umstellung auf die gestufte Studienstruktur von Bachelor und Master erfolgte in Baden-Württemberg jedoch bislang nicht. Zukünftig wollen wir Liberalen in den Lehramtsstudiengängen sowie in den übrigen Studiengängen, die mit Staats-examina enden (Medizin, Jura, sowie das kirchliche Examen in Theologie), durch die Hochschule zu bestimmende zusätzliche Abschlussgrade ermöglichen und so die Staatsexamina auf ihre eigentliche Funktion als Eingangsprüfung für den Staatsdienst zurückführen. Das</p>
--	--	---	---	---

		<p>gen, ob der „Musikpraktische Nachweis“ im Studium nicht obligatorischen Charakter haben sollte und es spricht vieles dafür, das ästhetische Grundmodul in der Grundschullehrerbildung auf dieses Ziel hin zu präzisieren und zu verbindlichen.</p>		<p>heißt, die Studierenden sollen frei wählen können, ob sie nur den Hochschulabschluss, nur das Staatsexamen oder beides abzulegen wünschen. Darüber hinaus muss das Land den Pädagogischen Hochschulen und Universitäten, die viel Erfahrung bei der Ausbildung von Lehrkräften besitzen, die größtmögliche Freiheit bei der Ausgestaltung der Lehramtsstudiengänge einräumen und sich auf die Vorgabe von Kompetenzen zu beschränken, über die ein zukünftiger Lehrer am Ende seines Studiums verfügen sollte.</p>
--	--	---	--	---